



## **Wahlprüfsteine 2020 an die OB-Kandidatinnen und -kandidaten**

**Zusammen mit der Bürgerinitiative Für den Hauptsmoorwald haben wir den zwölf möglichen Kandidat\*innen aktuelle Fragen zu Natur- und Umweltschutz gestellt. Sieben haben geantwortet – Andreas Starke (SPD), Dr. Christian Lange (CSU), Jonas Glüsenkamp (Grünes Bamberg), Dr. Ursula Redler (Bamberger Allianz), Stephan Kettner (Bamberger Linke), Claudia John (Freie Wähler) und Daniela Reinfelder (BuB).**

**Im folgenden die vollständigen Antworten mit einer teils kommentierten Zusammenfassung.**

### **1. Schutzgebietsausweisungen im Bereich Muna**

Beim Bürgerentscheid „Für den Hauptsmoorwald“ hat sich eine überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gegen ein großflächiges Gewerbegebiet auf der Muna und für den Erhalt von Wald und Naturflächen ausgesprochen. In zwei Bürgeranträgen haben wir die Sicherung der entsprechenden Wald- und Naturflächen gefordert. In der Konversionssenatssitzung am 19.11.19. hat der Stadtrat unseren Forderungen zugestimmt, hat allerdings unsere vorgeschlagenen Grenzen der Schutzgebiete ([vgl. www.retteddenhauptsmoorwald.de/vorschlag](http://www.retteddenhauptsmoorwald.de/vorschlag)) in den Stadtratsbeschluss nicht übernommen. Der Beschluss widerspricht sich auch. Einerseits empfiehlt der Stadtrat die Ausweisungen, andererseits heißt es, dass die Frage nach den Schutzgebietsausweisungen in einen Dialog- und Beteiligungsprozess mit der Bürgerschaft eingebracht werden sollen.

**Unsere Frage:** Werden Sie sich nach der Wahl für die Ausweisung der vorgeschlagenen Schutzgebiete und des Bannwaldes in den von den Bürgeranträgen geforderten Grenzen einsetzen?

### **Vollständige Antworten:**

**Starke:** Die Entscheidung des Konversionssenates vom 19.11.2019 war richtig, weil sie auch das Ergebnis des Bürgerentscheids respektiert. Wir brauchen einen Neuanfang. Über Schutzgebiete, Bannwaldausweisungen und andere Nutzungsarten will ich einen breitangelegten Meinungsbildungsprozess mit der Bürgerschaft durchführen, sobald die Stadt Bamberg Eigentümerin der Fläche geworden ist. Die Verhandlungen laufen, ich rechne mit einem Ergebnis im Sommer 2020. Unabhängig davon: Unstreitig sind die künftigen Schutzgebiete auf dem ehemaligen Schießplatz und auf großflächigen Bereichen des Muna-Geländes im Süden und im Osten.

**Lange:** Das Thema des Schutzes des Hauptmoorwaldes hat die Bambergerinnen und Bamberger sehr aufgewühlt. Für die CSU und mich ist daher der im Bürgerbegehren ausgedrückte Wille der Bürgerinnen und Bürger verpflichtend. Ich will deshalb nach der erfolgreichen Wahl zum neuen Oberbürgermeister am 15. März ein neues Dialogverfahren starten, um das weitere Vorgehen in Sachen Muna/Schießplatz gemeinsam zu vereinbaren – innerhalb der Grenzen, die durch das erfolgreiche Bürgerbegehren gezogen wurden. Über das Ergebnis will ich dann mit dem Stadtrat beraten und es der Bürgerschaft in einer geeigneten Form zur Beschlussfassung vorlegen. Für mich ist selbstverständlich, dass wir einvernehmlich mit den Bürgerinnen und Bürgern handeln.

**Glüsenkamp:** JA!

**Redler:** Grundsätzlich ja, es sei denn es kommt zu Grenzkorrekturen im Einvernehmen mit der Hauptmoorwald-Initiative oder einer „übergeordneten“ Bürgerbeteiligung. Es bedarf eines ergebnisoffenen und -orientierten Austauschs auf Augenhöhe.

**Kettner:** in vollem Umfang! Mit mir wird es keine weitere Versiegelungen im Bereich der Grenzen des Schutzgebietes, wie sie durch den Bürgerentscheid definiert sind, geben.

**John:** Das Votum der Bürger war eindeutig und muss akzeptiert werden. Die Flächen sind schützenswert. Jedoch muss darüber entschieden werden, in welchem Bereich eine anderweitige Nutzung noch möglich ist, z.B. für ein „Grünes Gewerbegebiet“

**Reinfelder:** ...nein

### **Zusammenfassung der Antworten, teils kommentiert:**

Wir von BN und BI sehen den eindeutigen Ausgang des Bürgerentscheids bereits als deutlichen Ausdruck des Bürgerwillens für den Erhalt von Wald- und Naturflächen.

Unserer Forderung zur Ausweisung von Schutzgebieten und damit auch zur Grenzziehung gegenüber möglichen zukünftigen Erschließungen der Restflächen folgen nur **Glüsenkamp**, **Kettner**, **John** und bedingt **Redler**. Sie kann sich Grenzkorrekturen durch eine „übergeordnete Bürgerbeteiligung“ vorstellen.

**Starke** und **Lange** akzeptieren zwar den Bürgerentscheid und auch Schutzgebiete, wollen aber genauere Entscheidungen über zukünftige Grenzen von Schutzgebieten in einen „*breit angelegten Meinungsbildungsprozess*“ (Starke) bzw. ein „*neues Dialogverfahren*“ (Lange) einbringen.

Damit besteht die Gefahr, dass die Auseinandersetzung über die Muna in eine neue Runde geht. Es droht die Zerstörung von Wald und Natur über die von uns vorgeschlagenen Schutzgebietesgrenzen hinaus.

**Reinfelder** lehnt unsere Forderungen nach den Schutzgebieten ab.

## 2. Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch mit 10 ha pro Tag zählt zu einem der dringendsten Umweltprobleme in Bayern. In Bamberg als wachsende Stadt mit sehr begrenzten Flächenressourcen ist ein möglichst sparsamer und innovativer Umgang mit Flächen erforderlich. Naturräumliche Grenzen müssen anerkannt und Bodenversiegelung vermieden werden.

Als negative Beispiele der jüngeren Vergangenheit sehen wir die Firmen Brose und Sperber mit den großflächigen, ebenerdigen Parkplätzen.

### Unsere Fragen:

Welche Konzepte zur Eindämmung des Flächenverbrauchs haben Sie und halten Sie eine Null-Netto-Neuversiegelung bei der zukünftigen Stadtentwicklung für realisierbar?

Können Sie sich bzgl. benötigter Gewerbeflächen eine Kooperation mit den Gemeinden im Umland vorstellen?

### Vollständige Antworten:

**Starke:** Brose und Sperber sind keine negativen Beispiele, sondern wichtige Bausteine, um die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen der Stadt für die Zukunft zu sichern. Es geht auch um Arbeitsplätze. Es ist unsere Aufgabe Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden. So

ist es insbesondere bei den Erweiterungsplänen der Firma Brose in der Breitenau gelungen, mit dem Bund Naturschutz einen vernünftigen Kompromiss zu erzielen. 95 Prozent der Flächen des Sonderlandeplatzes sollen als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Diese Empfehlung werde ich nach Kräften bei der Regierung von Oberfranken, die letztlich entscheidet, unterstützen. Dieser Kompromiss ist ein Vorbild für andere Projekte zur Eindämmung des Flächenverbrauchs.

Ein weitere Vorschlag: In jedem Bebauungsplanverfahren muss ein sorgfältiger Umgang mit den begrenzten Flächenressourcen, vor allem für Natur und Umwelt, garantiert werden. Gerade im innerstädtischen Bereich muss es ausreichende Grünflächen geben. Darauf muss in Zukunft stärker geachtet werden.

Zur Frage: Können Sie sich eine interkommunalen Zusammenarbeit vorstellen?

Ja. Am besten gelingt die gewünschte Kooperation zwischen Stadt und Land bei den Gewerbeflächen, wenn eine interkommunale Zusammenarbeit nach dem Vorbild anderer Regionen vereinbart wird. Bei uns gibt es gute Anknüpfungspunkte: Schon jetzt arbeiten die beiden Wirtschaftsförderungen in Stadt und Landkreis konstruktiv und vertrauensvoll zusammen, wobei gerade die stadtrandnahen Gemeinden mit ihrem Flächenpotential für gemeinsame Entwicklungen gewonnen werden müssen. Die daraus entstehenden Gewerbesteuern werden dann gerecht verteilt. Zudem will ich einen gemeinsamen Wirtschaftsreferenten aus Stadt und Land ins Leben zu rufen, um damit auch neue Kooperationsformen zu fördern. Es ist meine feste Absicht, so eng wie möglich zusammen zu arbeiten.

**Lange:** Die Eindämmung des Flächenverbrauches ist für die CSU und mich ein wichtiges Ziel der künftigen Stadtentwicklung. Frühere Generationen haben uns mit dem Hain, dem Volkspark oder der Kulturlandschaft rund um den Michelsberg vorgemacht, wie gelungene Stadtentwicklung aussehen kann. Die CSU und ich wollen deshalb beispielsweise bei Neubauprojekten prüfen, ob ein Bau in die Höhe möglich ist, so dass keine neuen Flächen versiegelt werden müssen. Am Ulanenpark in der Wunderburg ist dies in Form der Wohnbebauung über einem lokalen Einkaufsmarkt gelungen. Angesichts der wachsenden Einwohnerzahl und des angespannten Wohnungsmarkt besteht aber auch Bedarf nach Ausweisung neuer Wohnflächen. Wir wollen hier einen guten Kompromiss finden. Was das Thema Brose-Erweiterung angeht, so ist es auch der Wunsch der CSU, dass die Anlage weiterer Parkflächen entweder mehrstöckig oder unterirdisch erfolgt. Einen ebenerdigen Parkplatz lehnen wir ab.

In Bezug auf den Laubanger gibt es eine solche Kooperation bereits mit der Stadt Hallstadt. Ebenso hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaft Bamberg-Bischberg-Hallstadt-Hirschaid. Ich kann mir solche Modelle der Zusammenarbeit zwischen einer oder mehrerer Landkreisgemeinden mit der Stadt in einer geeigneten Rechtsform gut vorstellen – vielleicht in einem gemeinsamen Zweckverband, der auf der einen Seite wirtschaftliche Zusammenhänge realisiert und auf der anderen Seite Mobilitäts-, Energieversorgungs- oder andere Leistungen organisiert.

**Glüsenkamp:** Die oben genannten Beispiele sind im Hinblick auf den Flächenverbrauch Ansiedlungsprojekte aus dem vergangenen Jahrhundert. In Städten, in denen die Flächenpreise höher als in Bamberg sind, wird deutlich verdichteter und auch höher gebaut. Die Zeiten von ebenerdigen Parkpaletten sind vorbei. Es muss geprüft werden, wo vorhandene Parkpaletten überbaut werden können. Um das Ziel der Null-Netto-Neuversiegelung erreichen zu können, müssen wir auch offensiv über Entsiegelung nachdenken.

**Redler:** Der Verbrauch von Neuf Flächen kann am wirksamsten durch die Neuwidmung aufgelassener Altflächen eingedämmt werden. Hierzu bedarf es einer umfassenden Erfassung aller geeigneter Flächen im Stadtgebiet.

Eine Kooperation mit den Gemeinden im Umland bei der Aufwendung von gewerblichen Neuf Flächen ist für uns grundsätzlich denkbar und sollte auch möglichst bald thematisiert werden. Dazu gehört die Notwendigkeit, einkommende Gewerbesteuer zwischen den beteiligten Gemeinden aufzuteilen.

**Kettner:** Wie sich bei der Abstimmung zur Bebauung der biozertifizierten Ackerfläche der SoLawi zeigte, ist die BaLi derzeit die einzige Wählergruppe im Stadtrat, die einen konsequenten Kurs gegen weitere, unnötige Flächenversiegelungen umsetzt. Ich halte es für realisierbar, dass wir schon versiegelte Flächen besser nutzen und uns weiter aktiv gegen jede Form der Neuversiegelung stemmen. Dazu müssen jedoch auch Grundstücke, die nicht in städtischer Hand sind stärker mit einbezogen werden, denn viele Industriebrachen und Wohngebäude sind in privater Hand. Dem Leerstand entgegen zu wirken heißt immer auch Flächenversiegelung zu vermeiden.

Kooperationsprojekte mit umliegenden Gemeinden sind ein wichtiger Baustein, um dem Konkurrenzdruck zwischen den Gemeinden zu entkommen und Energien auf eine gemeinwohlorientierte Ökonomie für Mensch und Natur zu lenken.

**John:** Da Bamberg geographisch gesehen wenig Wachstumsmöglichkeiten ins Umland hat, muss mit den vorhandenen Flächen sinnvoll umgegangen werden. In Österreich befindet sich unter neuen Supermärkten meist eine Tiefgarage, um den Flächenverbrauch hierfür zu

minimieren. Wir sind eine wachsende Stadt und sind auch verpflichtet, Wohnraum und Gewerbeflächen zu schaffen. Von den Gewerbesteuern werden viele Projekte auch im Bereich Umweltschutz mitfinanziert. Bei der Wohnbebauung muss ein für das Stadtbild und die Umwelt verträgliches Bauen angewendet werden, d.h. auf kleineren Flächen höher Bauen. Im Bereich des Gewerbes spreche ich mich wie oben erwähnt für ein „Grünes Gewerbegebiet“ aus. Flächen, die durch Umsiedlung von Gewerbe aus der Stadt hierhin frei werden, könnten renaturiert werden.

**Reinfelder:** Wir halten eine Null-Netto Neuversiegelung für nicht zielführend. Bei der Ausweisung von neuen Flächen gilt es per Gesetz stets einen Ausgleich herbeizuführen. Wir sind der Meinung, dass dies ausreicht. Eine Kooperation mit den Gemeinden im Umland ist immer sinnvoll.

### **Zusammenfassung der Antworten, teils kommentiert:**

**Starke** sieht Brose und Sperber als ökonomisch positive Ansiedlungen. Den Kompromiss am Flugplatz - Erweiterung der Firma Brose und Ausweisung eines Naturschutzgebietes - sieht er als vorbildlich an. Weiterhin: *„In jedem Bebauungsplanverfahren muss ein sorgfältiger Umgang mit den begrenzten Flächenressourcen, vor allem für Natur und Umwelt, garantiert werden.“*

Starke sieht in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung. Die Problematik des Flächenverbrauchs hat bei ihm offensichtlich eine geringe Priorität. Konkrete Vorschläge über den gesetzlich vorgeschriebenen „sorgfältigen Umgang“ mit Fläche im B-Planverfahren nennt er keine.

Für **Lange** ist die „Eindämmung des Flächenverbrauchs“ ein wichtiges Ziel in der zukünftigen Stadtentwicklung. Konkret spricht er das Bauen in die Höhe mit dem Beispiel der Wohnbebauung über dem Einkaufsmarkt im Ulanenpark an sowie seine Ablehnung weiterer ebenerdiger Parkplätze bei der Brose-Erweiterung.

Für **Glüsenkamp** sind die Zeiten für ebenerdige Parkpaletten vorbei. Er plädiert für höheres und verdichtetes Bauen und erwähnt auch Entsiegelung.

**Redler** möchte den Verbrauch von Neuflächen durch Neuwidmung aufgelassener Altflächen eindämmen.

Ähnlich will auch **Kettner** bereits versiegelte, aber nicht mehr genutzte Flächen besser nutzen. Dabei ist es ihm wichtig, auch Industriebrachen und Wohngebäude in privater Hand einzubeziehen.

**Kettner** und **Glüsenkamp** haben die Null-Netto-Neuversiegelung als Ziel.

**John** nennt als Beispiele den Flächenverbrauch zu minimieren das Bauen von Tiefgaragen und das Bauen in die Höhe.

**Reinfelder** sieht in Sachen Flächenverbrauch keinen Handlungsbedarf.

Eine interkommunale Zusammenarbeit befürworten explizit **Starke, Lange, Redler, Kettner** und **Reinfelder**, wobei bei den Antworten der Zusammenhang mit dem Flächenverbrauch meist nicht deutlich wird. Starke und Lange verweisen darauf, dass es schon teils eine gute Zusammenarbeit mit Umlandgemeinden gibt. Starke *„will einen gemeinsamen Wirtschaftsreferenten aus Stadt und Land ins Leben zu rufen“* und *„so eng wie möglich zusammen arbeiten“*. Kettner sieht in Kooperationsprojekten *„einen wichtigen Baustein, um dem Konkurrenzdruck zwischen den Gemeinden zu entkommen und Energien auf eine gemeinwohlorientierte Ökonomie für Mensch und Natur zu lenken.“*

### **3. Reduzierung des Verkehrs, Entlastung des Bamberger Ostens**

Der Autoverkehr und die zugehörige Infrastruktur verbrauchen viel wertvolle Fläche, belasten das Klima durch CO<sub>2</sub> Ausstoß und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger durch Lärm und Schadstoffe. Gerade der Bamberger Osten und Südosten sind durch die dortigen Industriebetriebe, den Münchner und Berliner Ring sowie die Autobahn starken Belastungen ausgesetzt. Nur eine Reduzierung des Autoverkehrs führt zur Entlastung, während der Ausbau des Straßennetzes vielen Studien zur Folge immer dazu führt, dass der Autoverkehr zunimmt.

#### **Unsere Fragen:**

Was sind Ihre Vorschläge zu einer umfassenden Verkehrswende in Bamberg?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bevölkerung im Bamberger Osten und Südosten mit Blick auf die Verkehrsentwicklung nicht weiter belastet wird und werden Sie sich gegen einen Ausbau der Armeestraße als sogenannte Spange für den Berliner Ring aussprechen?

#### **Vollständige Antworten:**

**Starke:** Wir brauchen mehr Mobilität, aber weniger Verkehr. Die Verkehrswende gelingt, wenn deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger auf umweltfreundliche Verkehrsträger umsteigen: Ich will den Busverkehr zum schnellsten Verkehrsmittel der Stadt machen, zusätzliche Linien in und aus dem Landkreis schaffen, die Busse zu unseren beiden Park- + Ride-Plätzen kostenlos anbieten, das Fahrradwegenetz ausbauen, die digitalen Informationsmöglichkeiten nutzen sowie Bahn, Bus, Rad und Auto bedienungsfreundlich vernetzen. Damit stärken wir den ÖPNV,

schonen das Welterbe und schützen unsere Umwelt.

In der Bauleitplanung und in der Verkehrsplanung sollen zukünftig innovative Maßnahmen wie Car-Sharing, Parkplätze für Lasten-Pedelecs, Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, verbindlich vorgesehen werden.

Zur Frage der Belastung im Bamberger Osten und dem Ausbau der Armeestraße:

Den Durchgangsverkehr im Osten und Südosten will ich verringern durch den Ausbau und die Erweiterung unseres – jetzt kostenlosen –Park & Ride-Systems. Insbesondere die Pendler-Fahrzeuge sollen am Stadtrand parken und nicht mehr die Wohngebiete belasten. Außerdem benötigen wir eine bessere Radwegführung vom Osten in die Innenstadt. Bei neuen Wohngebieten, zum Beispiel auf der ehemaligen Lagardekaserne oder dem Maiselgelände, muss von Anfang an eine leistungsfähige ÖPNV-Anbindung sichergestellt werden.

Die Zukunft der Armeestraße wird anders aussehen als nach den alten Festsetzungen des gestoppten Bebauungsplanes. Dennoch bleiben unveränderte Herausforderungen, nämlich beim Hochwasserschutz und sicheren Radwegen, die von der Bürgerschaft gewünscht werden. Dies wird Bestandteil des umfassenden Bürgerbeteiligungsprozesses sein.

#### **Lange:**

Die CSU und ich wollen die im Hinblick auf den Klimaschutz und den Erhalt des Welterbes dringend erforderliche Verkehrswende unter dem Schlagwort „Mobilität für alle“ realisieren. Das heißt: Schritt für Schritt und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, nicht aber durch Verbote. Unter Beachtung eines gleichberechtigten Nebeneinanders aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer wollen wir konkret Folgende erreichen:

+ den **ÖPNV ausbauen** – in Zusammenarbeit mit dem Landkreis. Die kostenfreien Busangebote an den vier Adventssonntagen haben gezeigt, dass es durch solche Initiativen gelingen kann, die Anzahl der Menschen, die den Bus nutzen, zu steigern. In die gleiche Richtung zielen die Einführung des 365-Euro-Ticket und der kostenlose Bustransfer von den Park&Ride-Anlagen in die Innenstadt.

+ den **ICE-Ausbau** aktiv steuern und die Anbindung des Schienennahverkehrs in den Großraum Nürnberg verbessern. Die CSU und ich erkennen deshalb in S-Bahn-Halt Bamberg-Süd die Chance, dort einen neuen Drehpunkt für den ÖPNV – beispielsweise durch eine neue Verbindungslinie zum Klinikum – zu schaffen.

+ **Fahrradverbindungswege** sowohl innerhalb der Stadt – etwa zwischen den Schulstandorten im Bamberger Osten und der Innenstadt – sowie vom Landkreis in die Stadt durch

„Fahrradschnellverbindungen“ einführen.

+ wir wollen des Weiteren die **Bushaltstellen** barrierefrei ausbauen, Straßenquerungen für Fußgänger wie Radfahrer verbessern, Schlaglöcher auf Gehwegen wie Straßen ausbessern und einzelne Verkehrsprojekte wie die Erneuerung der Buger Brücke dazu nutzen, auch einen breiten Fuß- und Radweg zu bauen.

+ wir wollen die Förderung von **Lastenpedelecs** fortführen und auch Familien antragsberechtigt machen, damit gerade der Handwerks- oder Reiseverkehr in der Innenstadt reduziert werden kann.

+ wir werden die **Busflotte** der Stadtwerke unter dem Blick der Schadstoffeinsparung umrüsten und wollen Anreize für Taxen bieten, um diese auf schadstoffarme Antriebsformen umzurüsten. In Hallstadt fährt beispielsweise bereits ein Elektrotaxi.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bevölkerung im Bamberger Osten und Südosten mit Blick auf die Verkehrsentwicklung nicht weiter belastet wird und werden Sie sich gegen einen Ausbau der Armeestraße als sogenannte Spange für den Berliner Ring aussprechen?

Den Ausbau der **Armeestraße** halten die CSU und ich unter dem Gesichtspunkt des Starkregenschutzes für erforderlich. Wir möchten, dass die Bevölkerung des Bamberger Ostens durch ein neues Wasserauffangsystem entlang der Armeestraße vor Überflutungen geschützt wird. Wir treten daher für einen Geh- und Radweg ein und können uns an der Kreuzung der Moosstraße hin zur Armeestraße auch einen Kreisverkehr vorstellen. Wichtig ist uns eine vernünftige Querungshilfe vom Sportgelände des Reitvereins in den Hauptsmoorwald. Eine Aufwertung der Armeestraße als Entlastungsstraße für den Berliner Ring erscheint uns aus heutiger Beurteilung nicht erforderlich.

### **Glüsenkamp:**

- Wir machen JETZT den öffentlichen Nahverkehr attraktiv für alle. Wir führen in Zusammenarbeit mit dem Landkreis das 1 €-Tagesticket ein und bauen den ÖPNV aus.
- Wir schaffen JETZT mehr Raum für alle in der Innenstadt: Schrittweise Einführung einer autofreien Innenstadt, ausgenommen sind Anwohner- und Lieferverkehr und die Anfahrt zu einzelnen Parkhäusern. Mehr Platz zum Flanieren und für Begegnung.
- Wir verbessern JETZT endlich die Infrastruktur für und die Sicherheit auf dem Rad: Umsetzung der Ziele des Radentscheids wie Fahrradstraßen, Radschnellwege und Maßnahmen für die gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer zum Schutz von Radfahrern.
- Mehr freie Flächen für uns JETZT: Ausbau des Carsharings und Konzeption eines intelligenten und gut sichtbaren Parkleitsystems an den Einfallstraßen. Ausbau der Park-and-

Ride Plätze und Erweiterung zu Mobilitätsstationen, an denen wir bequem das Verkehrsmittel wechseln können.

- Finanzielle Mittel für ÖPNV und Radoffensive JETZT: Anpassung der Parkgebühren und des Anwohnerparkens zugunsten einer ÖPNV- und Rad-Offensive.

Zur Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bevölkerung im Bamberger Osten und Südosten mit Blick auf die Verkehrsentwicklung nicht weiter belastet wird und werden Sie sich gegen einen Ausbau der Armeestraße als sogenannte Spange für den Berliner Ring aussprechen?

...JA und JA

**Redler:** Eine Verkehrswende erfordert eine veränderte Schwerpunktsetzung bei der Prioritätensetzung der verschiedenen Verkehrsarten. Der KfZ-Verkehr wird dabei zwangsläufig zurückgefahren werden müssen; der Rad- und Fußgängerverkehr stärker ausgebaut bzw. berücksichtigt werden müssen. Für die Bamberger Allianz hat die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes - auch zwischen Stadt und Landkreis – einen besonders hohen Stellenwert.

Vor dem Hintergrund des Bürgerentscheids Muna sehen wir es als notwendig an, die Bevölkerung im Bamberger Osten und Südosten bezüglich der Verkehrsentwicklung nicht weiter zu belasten. Eventuelle Maßnahmen bedürfen einer positiven Abstimmung im Rahmen einer echten Bürgerbeteiligung. (Dabei darf Bürgerbeteiligung nicht wie bisher als bloße Bürgerinformation verstanden werden.)

Der mögliche Ausbau der Armeestraße gehört zu den Themen, die mit der Hauptsmoorwald-Initiative abgestimmt werden müssen. Die ursprüngliche Planung im Rahmen des Bebauungsplanes Muna ist generell obsolet.

Eine Idee zur Entlastung und Entzerrung ist ein Multifunktions-Verkehrsknotenpunkt in der Südflur, nicht mitten in der Gereuth mit S-Bahnhalte und ROB mit Anbindung zur Polizeizentrum, HWK und Arena.

**Kettner:** Das Ziel ist ein fahrscheinloser ÖPNV in einem gut getakteten Netz, eine autofreie Innenstadt und verbesserte Strukturen für Fahrrad und Fußgänger\*innen.

Eine Verkehrswende, hin zu einer umweltfreundlichen, und damit lebenswerteren Stadt will ich mit der BaLi durch folgende Punkte erreichen:

- Verbesserung der Verbindungen des ÖPNV, speziell abends/nachts und an Sonntagen.
- Einrichtung mehrerer Ringbuslinien, die den ZOB nicht mehr anfahren und die äußeren Stadtteile miteinander verbinden
- Vergünstigen, bis hin zu einem fahrscheinfreien ÖPNV, statt kostengünstigem Parken in der

## Innenstadt

- Tempo 30 für alle innerstädtischen Straßen innerhalb der Ringstraßen
- Verbesserung der Radwege, Ampelschaltungen und Einrichten von Radschnellverbindungen
- Ausweitung der verkehrsberuhigten und Fußgänger-Zonen in der Innenstadt
- Park and Ride, ausweiten, attraktiv und kostenfrei, mit verbesserten Anbindungen
- Fertigstellung des regionalen Busbahnhofs vor dem Bahnausbau
- Ausbau der Angebote für Car-Sharing

Die konsequente Verfolgung eines Gesamtkonzepts zur Verkehrswende muss in einem Gesamtrahmen passieren, in dem verschiedene Maßnahmen ineinandergreifen. So können z.B. Wege zur Befriedigung von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen gespart werden, wenn eine bessere Nahversorgung im Quartier hergestellt ist.

Die stärkere Verlagerung von Gütern auf die Schiene ist entscheidend, um bundesweit das Verkehrsauskommen zu reduzieren. Hier können wir als Stadt natürlich nur begrenzt Einfluss nehmen. Bedauerlich finde ich, dass hier mit dem Bahnausbau der Strecke München/Berlin viele Möglichkeiten und Chancen nicht genutzt wurden.

Auch im Bamberger Osten halte ich die Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen, Radschnellwege in die Stadt und einen verbesserten, günstigeren Busverkehr für notwendig. Damit kann in diesem Stadtteil die Lebensqualität entscheidend verbessert werden. Die Entlastung auf den Ringstraßen kann nur erfolgen, indem der ÖPNV im Verbund mit dem Kreis deutlich attraktiver gestaltet wird. Dem Ausbau der Armeestraße als Spange werde ich nicht zustimmen.

**John:** Die Verkehrswende muss ALLE Verkehrsteilnehmer in die Pflicht nehmen, bzw. hier Angebote schaffen. Angefangen bei den Fußgängern muss das Laufen in der Stadt attraktiv bleiben. Hierfür müssen Überwege geschaffen werden, damit die Fußgänger sicher ans Ziel kommen (z.B. im Bereich des neuen Zentrum Welterbes).

Das Radwegenetz muss sicher ausgebaut werden und sinnvoll in den bestehenden Verkehr eingebunden werden. Hierzu zählt für mich kein künstliches Einflechten in den Autoverkehr, sondern breite sichere Radwege, die man auch gut mit Kindern befahren kann. Zudem muss es ausreichend Möglichkeiten geben, sein Fahrrad sicher abzustellen, sei es durch Radbügel oder an festen Fahrradparkplätzen.

Der Autoverkehr darf nicht pauschal verteufelt werden. Bamberg ist eine Pendlerstadt, sowohl im Bereich des Einpendelns, als auch des Auspendelns. Hier ist es wichtig, die Verkehrsströme sinnvoll zu lenken, und über Pendlerparkplätze (z.B. S-Bahnhalte Süd) die Möglichkeit für

Fahrgemeinschaften zu erhöhen. Durch einen besseren Ausbau des P+R-Systems, sowie des ÖPNV wäre es durchaus möglich, den Verkehr zu reduzieren.

Zur Frage zur Verkehrsbelastung in Bamberg Ost und zum Ausbau der Armeestraße?

Der Bevölkerung in Bamberg-Ost wäre toll geholfen, wenn bestehende Radwege verbreitert werden würden (z.B. Zollnerstraße, Memmelsdorferstr.). Diese könnten in begrünter Form als „Fahrradschnellweg“ ausgebaut werden, so dass dieser Stadtteil zudem begrünt wird. Sollte es zur geplanten Schließung der AEO kommen und sollte dieser Stadtteil für Wohnbebauung zur Verfügung stehen, muss auch über die Armeestraße als mögliche Zufahrt diskutiert werden. Daher möchte ich einen mögliche Ausbau nicht kategorisch ausschließen.

**Reinfelder:** Wir sehen die Möglichkeit mit einer Seilbahn im Westen und damit einer Erschließung vom Laubanger über den Michaelsberg bis zum Klinikum die Bürger zu entlasten. Darüber hinaus benötigt Bamberg einen gesunden Mix der Verkehrsteilnehmer. Bei der Armeestraße halten wir einen Ausbau mit einem beleuchteten Fuß- und Radweg dringend geboten, um die Verkehrssicherheit für alle Teilnehmer zu gewährleisten.

#### **Zusammenfassung der Antworten, teils kommentiert:**

**Starke** bekennt sich zur Verkehrswende. Er möchte den ÖPNV ausbauen („*Ich will den Busverkehr zum schnellsten Verkehrsmittel der Stadt machen*“), zusätzliche Linien in den Landkreis schaffen, kostenlose P+R-Benutzung anbieten, das Radwegenetz ausbauen und die Angebote bedienungsfreundlich vernetzen. In der Bauleitplanung und der Verkehrsplanung möchte er zukünftige Mobilität mitdenken.

Auch **Lange** bekennt sich zur Verkehrswende und versteht darunter ein gleichberechtigtes Nebeneinander. Er möchte den ÖPNV ausbauen (365-Euro-Ticket, kostenlose P+R-Benutzung, neuer S-Bahnhalte Bamberg-Süd als Chance für einen Drehpunkt für den ÖPNV), neue Fahrradverbindungswege innerhalb Bambergs bzw. -schnellwege in den Landkreis einführen.

**Glüsenkamp** hat das Ziel den ÖPNV auszubauen und zusammen mit dem Landkreis das 1 €-Tagesticket einzuführen, den Radentscheid umzusetzen, Carsharing auszubauen und durch Mobilitätsstationen die Verkehrsmittel zu vernetzen. Die schrittweise Einführung einer autofreie Innenstadt ist ihm wichtig. Ausgenommen sollen Anwohner- und Lieferverkehr und die Anfahrt zu einzelnen Parkhäusern sein. „*Wir schaffen JETZT mehr Raum für alle in der Innenstadt*“.

**Redler** bekennt sich zu einer Verschiebung der Prioritäten der verschiedenen Verkehrsarten. „*Der Kfz-Verkehr wird dabei zwangsläufig zurückgefahren werden müssen.*“

Für **Kettner** ist *„das Ziel ein fahrscheinloser ÖPNV in einem gut getakteten Netz, eine autofreie Innenstadt und verbesserte Strukturen für Fahrrad und Fußgänger\*innen.“*

**John** will Fußgängerüberwege schaffen, Radwege ausbauen, Verkehrsströme lenken (P+R-Ausbau). Sie möchte alle Verkehrsteilnehmer in die Pflicht nehmen.

**Reinfelder** plädiert für einen gesunden Mix der Verkehrsteilnehmer und führt als Entlastung der Bürger eine Seilbahn auf, die vom Klinikum über den Michaelsberg zum Laubanger führen soll.

Bei soviel Bekenntnis zur Verkehrswende zumindest der meisten Bewerber\*innen können wir uns die Frage nicht verkneifen, warum in der Vergangenheit so wenig passiert ist und nach wie vor das Auto im Mittelpunkt steht.

Der Verkehrsbelastung im Osten und Südosten der Stadt will **Starke** mit einem Ausbau des P+R-Systems, einer besseren Radwegführung vom Osten in die Innenstadt und einer guten Anbinden von neuen Bebauungsgebieten an den ÖPNV begegnen.

In Bezug auf die Armeestraße weisen **Starke** und **Lange** darauf hin, dass ein Rad- und Fußweg entlang der Armeestraße nötig ist und die Herausforderung des Hochwasserschutzes bestehen bleibt. Eine Aufwertung als Entlastungsstraße wird allerdings nicht mehr gesehen.

**Glüsenkamp** möchte den Osten vom Verkehr entlasten und lehnt einen Ausbau der Armeestraße ab.

**Redler** sieht den ursprünglichen Ausbau als obsolet an. Zur Entlastung könnte ein Multifunktions-Verkehrsknotenpunkt am neuen S-Bahn-Halt führen.

Neben einem verbesserten ÖPNV nennt **Kettner** zur Entlastung des Bamberger Ostens Radschnellwege in die Stadt und verkehrsberuhigte Zonen. Einem Ausbau der Armeestraße wird er nicht zustimmen.

Radschnellwege führt auch **John** zur Entlastung auf. Einen Ausbau möchte sie nicht kategorisch ausschließen, gerade falls es nach der Schließung der AEO zur Wohnbebauung auf diesem Areal kommt.

**Reinfelder** hält *„bei der Armeestraße einen Ausbau mit einem beleuchteten Fuß- und Radweg dringend geboten.“*

#### **4. Mehr Grün in der Stadt:**

Für Luft- und Lebensqualität sowie zur Naherholung ist reichlich Stadtgrün von großer Bedeutung. Die Zahl der Hitzetage steigt immer weiter an. Durch fehlendes Grün im gesamten

Stadtgebiet ist die sommerliche Aufheizung der Stadt deutlich größer. Hinzu kommt, dass durch die letzten beiden trockenen Sommer zahlreiche Straßenbäume abgestorben sind.

**Unsere Fragen:**

Wie stehen Sie zum Erhalt der in Bamberg vorhandenen Grünflächen und werden Sie sich ganz konkret für den Erhalt des Parks auf dem „Maiselgelände“ einsetzen?

Inwieweit können Sie sich einen weiteren und ausgewogen Ausbau von Grünflächen für alle Stadtteile und Quartiere Bambergs vorstellen und wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

**Vollständige Antworten:**

**Starke:** Der Grünflächenanteil in Bamberg ist im Vergleich zu anderen fränkischen Städten nachweisbar hoch. Das muss so bleiben. Konkret will ich dazu umsetzen:

- Die Ausweisung des Sonderlandplatzes, des Schießplatzes und Teile der Muna als Naturschutzgebiete
- Angemessener Grünflächenanteil bei neuen Bebauungsplänen
- Naturnahe Pflege kommunaler Grünflächen
- Die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes, wobei ökologische Aspekte besonders berücksichtigt werden sollen
- Ausgleichsflächen für Eingriffe in die Natur sollen nur innerhalb des Stadtgebietes und nicht außerhalb nachgewiesen werden

Zum Maiselgelände: Sicherlich eine beachtliche Grünfläche im Bamberger Osten. Aufgrund des relativ hohen Anteils fremdländischer Baumarten ist sie nicht als Biotop kartiert. Eine artenschutzrechtliche Untersuchung im Vorfeld der Bebauungsplanung hat ergeben, dass dort keine streng geschützten Arten vorkommen. Bei einer Bebauung sollte eine möglichst große Grünfläche erhalten bleiben. Das Quartier muss ökologisch aufgewertet werden durch Dachbegrünung, vertikales Grün und Pflanzung einheimischer Bäume.

**Lange:** Es ist das Ziel der CSU, vorhandene Grünflächen zu erhalten. Deshalb setzen wir uns beispielsweise für die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft rund um den Michelsberg unter dem Gesichtspunkt der Biodiversität ein. Wir wollen ferner den Volkspark aufwerten und in Richtung Lindenanger erweitern, sobald sich dort durch die Auflösung des derzeitigen Ankerzentrums neue Perspektiven eröffnen. Was das Maiselgelände angeht, so unterstützen wir dort die Ansiedlung der Bartolomei-Garelli-Schule und eines Kinderhauses sowie die Entstehung von neuem, seniorenrechtlichen und geförderten Wohnraum. Bei diesen

Überlegungen soll nach unserem Wunsch möglichst viel Grün erhalten bleiben. Dies wird Aufgabe des laufenden Bebauungsplanverfahrens sein.

Es ist unser Anliegen, mehr Grünflächen in Bamberg zu erhalten und sogar Flächen wieder zu entsiegeln. Dies gilt für alle Stadtteile – vielleicht sogar besonders für den Bamberger Osten. Deshalb wollen wir – über die genannten Beispiele hinaus – etwa die Zollnerstraße alleeartig begrünen und durch Aufenthalts- und Ruhezonen aufwerten. Wir möchten grüne Verbindungsschneisen von Bamberg-Ost in die Innenstadt erhalten und neue schaffen. So wünschen wir uns im Bereich der Lagarde-Kaserne neue Grünflächen, gerade rund um das Kulturquartier Lagarde bei der Post- und Reithalle. Großes Potenzial erkennen wir auch auf dem Gelände der heutigen Flüchtlingseinrichtung rund um den Lindenanger.

**Glüsenkamp:** JA, der Park im Maiselgelände soll erhalten werden und öffentlich zugänglich sein. Zu diesem Thema ist bereits im Januar eine Pressemitteilung von mir erschienen.

Im Hinblick auf die Klimaziele von Paris und unsere lokale Verantwortung zur Erreichung derselben und auf Grund der beschriebenen Zunahme der Hitzetage gibt es dringenden Handlungsbedarf in der gesamten Stadt!

Besonders betroffen ist auch der Bamberger Osten, in dem deutlich weniger Grünflächen zur Verfügung stehen. Wir müssen mit unseren Flächen sparsamer umgehen und Naturschutz ernst nehmen. Ich setze mich dafür ein, statt den bisherigen Blumenrabatten in der Innenstadt eher klimafeste Bäume zu pflanzen. In vom Umweltamt und EBB geförderten Nachbarschaftsprojekten möchte ich Straßenzüge im Rahmen der Verkehrswende von Autos befreien und begrünen.

**Redler:** Die Grünflächen in der Stadt müssen erhalten bleiben und gegebenenfalls neue hinzugefügt werden. Im konkreten Fall „Maiselgelände“ wird deutlich, dass eine Planung bzw. Bebauung mit sinnvoll-notwendigen Objekten grundsätzlich überlegenswert ist. Auch der Ausbau von Grünflächen muss diesen Überlegungen unterzogen werden.

Ein weiterer und ausgewogener Ausbau von Grünflächen für alle Stadtteile und Quartiere Bambergs hat grundsätzliche Bedeutung. Der größte Handlungsbedarf besteht u.E. in den östlichen und nördlichen Stadtbereichen.

**Kettner:** Im vergangenen Sommer wurde von uns der Antrag auf Klimanotstand im Stadtrat eingebracht. Dieser wurde stetig weiter verschoben und soll nun erst nach der Wahl behandelt werden. Hierbei sollen alle städtebaulichen Vorhaben unter dem Aspekt des Schutzes unseres Klimas betrachtet werden. Damit hätten wir einen Hebel, um den Verlust von Grünflächen entscheidend entgegen zu wirken.

Vorhandene Grünflächen in der Stadt müssen geschützt und neue geschaffen werden. Ich spreche mich u.a. für die Begrünung des Maxplatzes, bei gleichzeitiger Beseitigung der Tiefgarage aus. Nach einer Reduktion der Autoabstellflächen in der Stadt müssen diese in Teilen auch entsiegelt werden. Auf diesen Flächen sollen Blühstreifen, Bäume, aber auch Hochbeete mit Gemüse entstehen.

Für den Erhalt des Parks auf dem „Maiselgelände“ werde ich mich jederzeit aktiv einbringen und unterstütze die Initiativen dazu ausdrücklich!

**John:** Der Erhalt der Grünflächen muss ein wesentliches Ziel für den neuen Stadtrat sein. Ich gehe hier noch weiter: durch einfache Mittel lassen sich die Flächen sogar ausbauen. Hier verfolge ich das Konzept der „Eh-da-Flächen“, bei dem betonierte Flächen z.B. auf Verkehrsinseln, begrünt werden.

Der Park am Maiselgelände sollte in jedem Fall erhalten bleiben und als Naherholungsgebiet für die Bürger zugänglich gemacht werden.

Wie bereits oben erwähnt möchten wir gerne das Konzept der „Eh-da-Flächen“ umsetzen. Dies geht sicherlich auch in Zusammenarbeit mit engagierten Bürgern.

Ein weiterer Punkt wäre der Ausbau von Urban Gardening Konzepten, wie beispielsweise am Kanalufer. Dies könnte auch in den Stadtteilen, z.B. auf Spielplätzen, weiter ausgebaut werden. Auch brachliegende Gärtnerflächen könnten als Gemeinschaftsprojekte ausgewiesen werden.

**Reinfelder:** Grünflächen sind wichtig und richtig. Wir plädieren für begrünte Dächer auf allen flachen Bushalteshäuschen, für mehr Fassadenbegrünungen in der ganzen Stadt und eine Kampagne für nicht versiegelte, sondern grüne Vorgärten. Beim Maiselgelände sehen wir einen „neuen“ grünen Park und den Erhalt der wertvollen Bäume als wichtig an. Den größten Bedarf sehen wir bei der Verbindung der Quartiere bis in den Osten als grüne Spange.

### **Zusammenfassung der Antworten, teils kommentiert:**

Erwartungsgemäß wollen alle Kandidat\*innen die Grünflächen in Bamberg erhalten und erweitern. Wobei vergangenes Handeln nicht unbedingt bzw. selten mit diesen Zielen im Einklang steht.

Der „Maisel-Park“ - zwar unscheinbar, aber dennoch einer der größten Baumbestände im Bamberger Osten – soll durch Bebauung zerstört werden (vgl. Artikel „Maisel-Park wird zerstört“).

Hierzu drücken sich **Starke** und **Lange** sehr verhalten aus. Sie wollen „möglichst viel“ Grün erhalten. Zu vermuten ist, dass sie wissen, dass die Investoren nicht bereit sind das Wäldchen

zu erhalten und vermutlich wollen sie sich auch nicht dafür einsetzen.

**Glüsenkamp, Kettner** und **John** wollen das Wäldchen erhalten und öffentlich zugänglich machen.

**Reinfelder** sieht „*einen „neuen“ grünen Park und den Erhalt der wertvollen Bäume als wichtig an.*“ Allerdings spricht sie im FT vom 1.2. ganz anders: Sie mahnt, dass die Gesamtentwicklung im Vordergrund steht, auch wenn dafür Bäume zum Opfer fallen. *„Einzelne Bäume ließen sich bestimmt in die Planungen einbeziehen.“*

**Starke** will Natur erhalten durch Ausweisung von Schutzgebieten (Sonderlandeplatz, Schießplatz, Teile der Muna), Berücksichtigung von ökologischen Aspekten in den Bebauungsplänen und in der Flächennutzungsplanung und durch naturnahe Pflege kommunaler Grünflächen.

**Lange** möchte Flächen wieder entsiegeln. Als Beispiele für mehr Grün nennt er grüne Verbindungsschneisen von Bamberg-Ost in die Innenstadt. Perspektivisch sieht er großes Potential rund um den Lindenanger.

**Glüsenkamp** sieht dringenden Handlungsbedarf in der gesamten Stadt, besonders im Bamberger Osten. *„Wir müssen mit unseren Flächen sparsamer umgehen und Naturschutz ernst nehmen.“* Glüsenkamp möchte anstelle von Blumenrabatten in der Innenstadt eher klimafeste Bäume pflanzen. Er möchte im Rahmen von geförderten Nachbarschaftsprojekten Straßenzüge im Rahmen der Verkehrswende von Autos befreien und begrünen.

**Redler** macht den größten Handlungsbedarf in den östlichen und nördlichen Stadtteilen aus.

**Kettner** sieht die Feststellung des Klimanotstandes als wirksamen Hebel, um den Verlust von Grünflächen entgegen zu wirken.

Er spricht sich für die Begrünung des Maxplatzes bei gleichzeitiger Beseitigung der Tiefgarage aus. Nach Reduktion von Autoabstellflächen sollen diese begrünt werden.

**John** verfolgt „das Konzept der „Eh-da-Flächen“, bei dem betonierte Flächen z.B. auf Verkehrsinseln, begrünt werden“. Weiterhin möchte sie Urban Gardening ausbauen.

**Reinfelder** plädiert für begrünte Bushalteständächer, für mehr Fassadenbegrünungen und eine Kampagne für nicht versiegelte, sondern grüne Vorgärten.

## 5. Klimaschutz und Energiewende

Die Notwendigkeit von Klimaschutz und einer Energiewende sind angesichts des Klimawandels mit Hitzesommern und Baumsterben sowie angesichts der kaum zurückgehenden

Treibhausgasemissionen unübersehbar. Konsequentes Handeln ist auf allen Ebenen dringend geboten!

**Unsere Frage:**

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie das Ziel der Klimaallianz, bis 2035 den Energiebedarf der Region zu 100% aus erneuerbarer Energie zu decken, umsetzen?

**Vollständige Antworten:**

**Starke:** Die Stadtwerke Bamberg gestalten unsere regionale Wertschöpfung in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Mobilität. Als Oberbürgermeister unterstütze ich die Lösungsstrategien zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen, wie sie die Digitalisierung, der demografische Wandel oder die Energiewende mit sich bringen.

Die Stadtwerke Bamberg betreiben aktuell insgesamt 19 Photovoltaikanlagen. Diese generieren Strom für rund 660 Drei-Personen-Haushalte. In den vergangenen Jahren wurden drei Anlagen neu errichtet: 2018 auf dem P+R-Parkplatz Kronacher Straße. 2019 auf dem Gesundheitszentrum Ulanenpark, der Strom wird dabei überwiegend direkt in den Gebäuden im Rahmen des angebotenen Mieterstrommodells verbraucht, und ebenfalls 2019 eine Photovoltaik-Anlage auf einer Lagerhalle am Margaretendamm zur überwiegenden Eigenstromnutzung der Stadtwerke. Das will ich ausbauen und zusätzliche Anlagen errichten lassen.

Zudem sind die Stadtwerke derzeit an 5 Windparks beteiligt. Davon sind zwei in Franken und einer in der Oberpfalz. Aufgrund der 10-H-Regelung ist der Windkraftausbau in Bayern zum Erliegen gekommen. Weitere regionale Beteiligungsmöglichkeiten werden gesucht und ich will unterstützen, dass die Windkraft auch in unserer Region bei der regenerativen Energieerzeugung einen neuen Schub erhält.

Bei der Wärmeversorgung setze ich auf eine energieeffiziente Wärmeversorgung und Nutzung von Abwärme sowie Kraft-Wärme-Koppelung in Kombination mit regenerativen Energieträgern. Schwerpunkte des Wärmeausbaues waren einerseits die Innenstadt und andererseits abgeschlossene Baugebiete und Stadtteile. In der Innenstadt wurden in den letzten Jahren das ERBA-Gelände und die Leitungstrasse Königstraße bis Nürnberger Straße erschlossen. Dieser Ast wird 2020 bis zum Atrium und Landratsamt erweitert. Die Stadtgebiete Gereuth, 1860er-Gelände, Schaeffler 2.0, Hochgericht, Föhrenhain und Ulanenpark wurden mit Nahwärme erschlossen.

Durch die Energiewende und insbesondere der damit einhergehenden Elektrifizierung des Mobilitäts- und Wärmesektors steigt der Bedarf an Flexibilität. Wir beteiligen uns aktuell an einem Forschungsprojekt, in dem sie zusammen mit der Robert Bosch GmbH stationäre Brennstoffzellensysteme (SOFC) im Stadtgebiet Bamberg erprobt werden. Für die Lagarde-Kaserne ist dies eine zusätzliche Chance, um das Energieziel 2035 zu erreichen.

Für die Zukunft planen wir gleich zwei herausragende Projekte: Das Wärmenetz 4.0 Lagarde und ein Heizwerk mit Hackschnitzeln in der Gereuth/Südflur: Das sind wichtige Bausteine, um den Energiebedarf aus erneuerbaren Energieträgern zu decken.

**Lange** Wir wollen das Ziel einer Klimaneutralität in einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit allen Bürgerinnen und Bürgern durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen erreichen. Dazu gehören beispielsweise Initiativen wie

- + die weitere energetische Sanierung von Gebäuden;
- + die oben beschriebene Mobilitätswende;
- + die Umgestaltung der Energieversorgung auf klimaneutrale Energieformen, wie sie derzeit auf der Lagarde-Kaserne projektiert wird;
- + den Ausbau des Angebots von regionalen Produkten und die Vermeidung von Plastik und Einwegsystemen;
- + die Renaturierung von Grünflächen und das Pflanzen von mehr Bäumen auf Flächen, die der Stadt oder von der Stadt verwalteten Stiftungen gehören.

**Glüsenkamp:** Ich will die Stadtwerke zu Klimawerken machen, die auch selbst in erneuerbare Energieprojekte investieren. Auf dem Gebiet der Stadt brauchen wir eine Erhebung welche öffentlichen Gebäude mit PV-Anlagen ausgestattet werden können. Alle neu entwickelten Wohngebiete sollen unter neuesten energetischen Standards gebaut werden. Darüber hinaus will ich mich im Städte- und Gemeindetag dafür einsetzen, dass die 10H-Regelung in Bayern gekippt wird und die Windkraft nicht weiter ausgebremst wird. Darüber hinaus müssen wir weiter in die Gebäudesanierung investieren und bei den Schulen beginnen.

**Redler:** In einer Stadt kommt insbesondere die intensive Nutzung der Sonnenenergie infrage. Andere Initiativen – wie z.B. häusliche Wärme-Kraftkopplung, oder „Balkon-Kraftwerke“ – müssen im Einzelfall geprüft und dann nach Möglichkeit unterstützt werden. Konkrete Fördermaßnahmen durch die Stadt gilt es hier zu prüfen.

Grundsätzlich kann eine Stadt durch gemeinsame Maßnahmen mit anderen Gebietskörperschaften die Gewinnung von erneuerbarer Energie steigern.

**Kettner:** Neben den verkehrspolitischen Maßnahmen halte ich die folgenden Punkte für zentral: Zeitnahe Umsetzung anstehender energetischer Sanierungen an städtischen Gebäuden, wie z.B. der Schulen. Die Ausweitung von Photovoltaikanlagen (unter Berücksichtigung von Denkmalschutz, Tragfähigkeit, etc.) als eine einfache und auch kostengünstige Lösung um den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen. Hier gibt es noch viel ungenutztes Potential in der Stadt. Dies müssen wir stärker nutzen.

**John:** Man darf nicht vergessen, dass die meisten Gesetze, die hierfür relevant sind, auf Bundesebene beschlossen werden müssen. Durch die oben genannten Projekte und Ideen können wir in unserer schönen Stadt einen wesentlichen Beitrag leisten. Durch den Ausbau des Radwegenetzes und des ÖPNV müssen die Anreize so hoch sein, dass das Auto freiwillig stehen gelassen wird.

**Reinfelder:** Energie muss vor allem für die Vielzahl der Bambergerinnen und Bamberger bezahlbar bleiben. Deshalb setzen wir auf neue Technologien und einen bunten Mix von Energieträgern.

#### **Zusammenfassung der Antworten, teils kommentiert:**

**Starke** führt die Bedeutung der Stadtwerke als zentraler Akteur in Sachen Energiewende auf. Er möchte das Engagement fortsetzen.

Er hebt den Betrieb von Solaranlagen und die Beteiligung an Windparks hervor. Starke *„will unterstützen, dass die Windkraft auch in unserer Region bei der regenerativen Energieerzeugung einen neuen Schub erhält.“*

Bei der Wärmeversorgung setzt Starke auf die energieeffiziente Nutzung von Abwärme sowie Kraft-Wärme-Koppelung in Kombination mit regenerativen Energieträgern. *„Für die Zukunft planen wir gleich zwei herausragende Projekte: Das Wärmenetz 4.0 Lagarde und ein Heizwerk mit Hackschnitzeln in der Gereuth/Südflur.“*

Weiterhin beteiligt sich die Stadt an einem Forschungsprojekt, in dem zusammen mit Bosch stationäre Brennstoffzellensysteme im Stadtgebiet Bamberg erprobt werden sollen.

**Lange** zählt als Initiativen für die Klimaneutralität die energetische Sanierung von Gebäuden, die Mobilitätswende, die Umgestaltung der Energieversorgung auf klimaneutrale Energieformen, aber auch regionale Produkte, Vermeidung von Plastik und das Pflanzen von Bäumen auf.

**Glüsenkamp** will die Stadtwerke zu Klimawerken machen, die auch selbst in erneuerbare Energieprojekte investieren. Er möchte PV-Anlagen ausbauen, neu entwickelte Wohngebiete unter neuesten energetischen Standards bauen, in Gebäudesanierungen, vor allem den

Schulen, investieren. Darüber hinaus möchte er sich *„im Städte- und Gemeindetag dafür einsetzen, dass die 10H-Regelung in Bayern gekippt wird und die Windkraft nicht weiter ausgebremst wird.“*

**Redler** sieht vor allem die Möglichkeit die Sonnenenergie zu nutzen. Weiterhin möchte sie andere Initiativen wie z.B. häusliche Wärme-Kraftkopplung oder „Balkon-Kraftwerke“ prüfen und unterstützen.

**Kettner** hält neben verkehrspolitischen Maßnahmen die energetische Sanierung städtischer Gebäude, z.B. der Schulen und die Ausweitung von PV-Anlagen für zentral.

**John** sieht vor allem Möglichkeiten in der Verkehrspolitik, um das Auto stehen zu lassen.

**Reinfelder** mahnt, dass Energie bezahlbar bleiben müsse und setzt deshalb auf *„neue Technologien und einen bunten Mix von Energieträgern.“*